

1. Plant Ihre Partei Maßnahmen oder Initiativen, um gegenüber der Bundesregierung und über den EU-Ministerrat darauf hinzuwirken, dass eingetragene gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen in mit allen Rechtsfolgen in anderen aus EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?

Seit 30 Jahren kämpfen die Grünen dafür, dass alle Menschen unabhängig ihrer sexuellen Identität das Recht auf Eheschließung haben. Das haben wir erfolgreich im Bundestag durchgesetzt und fordern die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen und Lebenspartnerschaften in allen EU-Ländern. Das haben die Grünen im Europaparlament im Rahmen der sog. Inter Group, die sich für LSBTI-Rechte einsetzt, wiederholt gefordert. Auch im Bundestag haben wir dazu mehrere Anfragen an die Bundesregierung gestellt.

2. Plant Ihre Partei Maßnahmen oder Initiativen, um gegenüber der Bundesregierung und über den EU-Ministerrat, um im EU-Ministerrat darauf hinzuwirken, dass LSBTI in der gesamten EU besser geschützt sind, insbesondere in Ländern, in denen immer wieder von starker Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen diese Minderheiten berichtet wird? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?

Für uns Grüne gehört der Kampf gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit zur DNA unserer Partei. Sowohl national als auch auf der EU-Ebene setzen wir uns für eine offene Gesellschaft ein, in der Minderheiten geschützt und unterstützt werden. EU-Staaten, in denen immer wieder von starker Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen LSBTI berichtet wird, müssen dagegen mehr tun. Das betrifft bedauerlicherweise auch Deutschland. Daher haben wir einen bundesweiten Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Bundestag eingebracht. Dieser schließt auch Maßnahmen in der Außenpolitik mit ein.

3. Wie bewerten Sie die Forderung, Sanktionsmaßnahmen gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten einzuführen (wie etwa gegebenenfalls Budgethilfen zu streichen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden) sofern dort Strafverschärfungen gegen LSBTIs zu beobachten sind?

Gegenüber denjenigen Ländern, in denen Strafverschärfungen gegen LSBTI zu beobachten sind oder in denen die regierenden Parteien Hetze gegen LSBTI betreiben, muss Deutschland klare Kante zeigen und europäische Werte lautstark verteidigen. Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken. Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir wollen eine Reform der Grundrechtecharta, sodass ihr Anwendungsbereich so ausgeweitet wird, dass alle Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Der EU fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte entwickeln. Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Die Ergebnisse der Kommission werden im Europaparlament, im Europäischen Rat und in den nationalen Parlamenten diskutiert. Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor. Als Sanktionsmaßnahmen sehen wir dabei zum Beispiel eine Streichung der

direkten Budgethilfen vor und stattdessen direkte Überweisungen beispielsweise an die Zivilgesellschaft.

4. Beabsichtigen Sie, dem Antrag der FDP „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Europäischen Union schützen“ zuzustimmen oder den Antrag abzulehnen? Wir bitten um eine kurze Begründung hierfür.

Wir unterstützen alle Initiativen, die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der EU schützen und stärken wollen. Den Antrag der FDP werden wir dann bewerten, wenn er offiziell in den Bundestag eingebracht wurde. Leider hat die FDP in der Vergangenheit wichtige Maßnahmen blockiert wie die Weiterentwicklung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie und damit den gleichen Schutz für LSBTI in ganz Europa. Und es ist zynisch, Länder, wo bis zu 3 Jahren Haft wegen Homosexualität droht, zu „sicheren“ Herkunftsländern erklären zu wollen und damit das Asylrecht für LSBTI aus diesen Ländern praktisch abzuschaffen. Das lehnen wir Grüne klar ab.